

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/225

Bonn, den 24. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Auf den Holzwege</u>	22

Sicherheitsfragen sind keine Prestigeangelegenheit

1	<u>Kalte Enteignung</u>	27
---	-------------------------	----

Sparer erleiden Milliardenverluste

2	<u>Nicht Ideologie, sondern Zweckmäßigkeit entscheidet</u>	50
---	--	----

Hessen: Zum richtigen Wohnen gehört auch eine gesunde Umgebung

3 - 4	<u>KÖNIG HASSAN II. VON MAROKKO</u>	91
-------	-------------------------------------	----

Zum Besuch des "Volksmonarchen" in der Bundesrepublik

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Wunschdenken im Fernsehen

Monolog statt Diskussion

"Mit der Wurst über zwei Zäune geworfen"

"Revanchismus gibt es bei uns nicht"

Vertagung der 9. BAG-Novelle

1966 mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit in Bayern

MdB REISS wieder Arbeitskreisvorsitzender

+ + +

Auf dem Holzwege

Sicherheitsfragen sind keine Prestigeangelegenheit

sp - Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß der Bundeskanzler die Frage der atomaren Verteidigung bei seinen Besprechungen mit US-Präsident Johnson vom Standpunkt des "deutschen Prestiges" zu erörtern gedenkt. Jedenfalls wird im Bonner Verteidigungsministerium glaubhaft versichert, konkrete deutsche Vorschläge für eine irgendwie geartete Form des deutschen Mitspracherechts bei der atomaren Verteidigung seien nicht ausgearbeitet worden. Im Auswärtigen Amt dagegen - und auch im Bundeskanzleramt - wird die technische Seite des ganzen Problems heruntergespielt, dafür aber das deutsche Prestige in den Vordergrund gestellt. Wenn diese Meldungen zutreffen - sie sind bisher nicht dementiert worden - dann könnte sich u.U. die groteske aber zugleich auch tragische Situation ergeben, daß bei zukünftigen Verhandlungen über das Mitspracherecht bei der gemeinsamen atomaren Verteidigung das Gleiche geschieht, wie bei den zahllosen Erörterungen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesregierung fordert von den Verbündeten "Deutschland-Initiativen", die Verbündeten sind bereit, entsprechende Grundsatzklärungen abzugeben, aber wenn dann in Bonn gefragt wird, welche konkreten Vorschläge deutscherseits gemacht werden, um der Wiedervereinigung näher zu kommen, lautet die Antwort: Pehlzanzeige. - Weder bei der Verteidigung noch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands genügen sprachliche Stilübungen, deren Hintergrund das Prestigegedenken ist. Wer so "deutsche Politik" macht, befindet sich auf dem Holzwege.

Kalte Enteignung

Sparer erleiden Milliardenverluste

sp - Die löbliche Politik der Eigentums- und Vermögensbildung für die breite Masse unteres Volkes, ein Kernstück der Regierung Erhard, hängt heute zum großen Teil in der Luft. Alle Bundesbürger sind Verbraucher und viele Millionen gleichzeitig auch Sparer. Sowohl als Verbraucher und Sparer werden sie nun d o p p e l t geschöpft; einmal durch die hohe Welle anhaltender Preissteigerungen, zum zweiten durch die schleichende Geldentwertung, die gerade den kleinen Sparer am empfindlichsten trifft und ihn um viele Hoffnungen bringt. Viele Bausparer haben es längst aufgegeben, ihren Traum von Eigentumswohnung und Eigenheim noch zu ihren Lebzeiten verwirklicht zu sehen. Ihr begrenztes Sparvermögen hat dem Wettlauf mit der Entwicklung der Bodenpreise nicht stand; der Sparer bleibt auf der Strecke. Preissteigerungen von 800 bis 1000 Prozent sind schon keine Seltenheit mehr. Das allein wirkt schon provozierend, aber noch provozierender ist die Ohnmacht der Bundesregierung, der skandalösen Bodenspekulation wirksam entgegenzutreten. Auch die Sparer, die ihre Mark und Pfennige für Notfälle und eine verbesserte Altersversorgung zurücklegen, kommen nun auf die Schattenseite. Sie sind durch Preisentwicklung und Geldentwertung einem Prozeß dauernden Vermögensverlustes unterworfen, der in die Milliarden geht. Auf die Dauer muß der Sparwille gerade der Tüchtigen und Fleißigen in unserem Volke leiden. Was mit ihnen geschieht, kommt schon einer kalten Enteignung gleich. Wie hohl und wirklichkeitsfremd wirkt vor diesem Hintergrund die großartig angekündigte Politik der Vermögens- und Eigentumbildung. Die Unfähigkeit der Bundesregierung, dem kleinen Mann das Ersparte zu schützen, ihm zu sichern was er hat, entzieht dieser Politik den Boden. Unter Erhards Kanzlerschaft steuern wir dem Fiasko einer deformierten Gesellschaft zu.

Nicht Ideologie, sondern Zweckmäßigkeit entscheidet

Hessen: Zum richtigen Wohnen gehört auch eine gesunde Umgebung

sp. - In den Großstädten streben zahlreiche Familien aus Überalterten und zu dicht besiedelten Wohngebieten hinaus in die Randgebiete. Es finden sich aber auch Bewohner, die aus mancherlei Gründen lieber in der Stadt bleiben möchten. Auf der einen Seite also gibt es den Trend zu großzügig angelegten Wohnsiedlungen und Trabantenstädten - als Beispiele in Hessen seien die Wohnstädte am "Hirschsprung" in Spremblingen bei Frankfurt, die Nordweststadt und "Oberlinden" bei Langen genannt. Auf der anderen Seite aber dürfen die Kerngebiete der Städte nicht zu Wohngebieten niedriger Klasse absinken; sie müssen vielmehr verbessert und saniert werden.

Hessens Innenminister Heinrich S o h n e i d e r ist der Ansicht, daß der moderne Städtebau auch im Zusammenhang mit den Zielen der Landesplanung gesehen werden müsse, deren Aufgabe es sei, den Bürgern in a l l e n Teilen des Landes wertgleiche Lebensbedingungen zu verschaffen. Dazu ist ein Ausgleich zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken, dicht besiedelten und weniger dicht besiedelten Gebieten notwendig. So gilt es zum Beispiel die Verunreinigung von Wasser und Luft sowie die Lärmbelastigungen in städtischen Verdichtungsgebieten vordringlich zu beseitigen. Bei der Planung neuer Wohngebiete und bei der Anlage neuer Industrieansiedlungen sollen diese Mängel von vornherein ausgeschaltet werden.

In dicht besiedelten Gebieten sollen mehrstöckige Wohnhäuser den Vorrang vor freistehenden Einzelhäusern haben. Bei der Sanierung alter Stadtkerne ist die Auflockerung mit breiten Straßen und Grünflächen und auch die Ausstattung der Altbauwohnungen nach modernen Gesichtspunkten besonders wichtig. Hierzu sind allerdings große finanzielle Aufwendungen notwendig, die die öffentliche Hand in den kommenden Jahren erheblich belasten werden.

Eine Wohnung soll dem Menschen eine abgeschlossene und private Sphäre sichern. Dies ist ebenso in der Geschloßwohnung einer gutgegliederten und großzügig geplanten Wohnsiedlung wie in einem kleinen Familienheim möglich. Wohnen heißt nicht nur, sich auf einer bestimmten Wohnfläche aufzuhalten, dort zu essen oder zu schlafen. Beim richtigen Wohnen ist auch die Umgebung mit einbezogen. Der Bürger braucht außer seiner Wohnung Gemeinschaftsanlagen für die Freizeit, kulturelle und soziale Einrichtungen, wie Sport- und Erholungsplätze; Schulen und Gemeinschaftsräume für gesellige und kulturelle Anlässe, Kindergärten und Sozialeinrichtungen, darüber hinaus gute Verkehrsverbindungen und zweckmäßige Einkaufsmöglichkeiten. Erst unter diesen Voraussetzungen kann aus einem Wohngebiet eine Wohnheimat erwachsen. Die These, soviel Eigenheime wie m ö g l i c h , aber vor allem so viele Wohnungen wie n ö t i g zu bauen, haben die Sozialdemokraten wiederholt vertreten. Von den "Eigenheim-Ideologen" sind sie dafür, etwa nach dem letzten kommunalpolitischen Kongreß in Wiesbaden, heftig befehdet worden. Anders tönte es dagegen vor wenigen Tagen auf dem Godesberger Kongreß der Jungen Union. Dort erkannte man - endlich! - daß im Wohnungsbau von der "Ideologie" weg zum Zweckmäßigen hingestrebt werden müsse. Eben dahin, wo die Hessen zielstrebig hin wollen: zu einem gesunden Wohnen für a l l e ; im Eigenheim oder in der schönen Stagenwohnung.

KÖNIG HASSAN II. VON MAROKKO

Zum Besuch des "Volksmonarchen" in der Bundesrepublik

W.A. - Zehn Jahre wiedererlangter Souveränität sind in der Geschichte eines alten, traditionsbewußten Volkes eine zu kurze Spanne, um sie als geschlossene Periode betrachten und beurteilen zu können. Ebenso sind vier Jahre der Macht für einen erst 35-jährigen Monarchen zu kurz für eine endgültige Aussage über dessen politischen Wirken.

Die Entwicklung Marokkos in den letzten Jahren trägt jedoch den unverkennbaren Stempel der Persönlichkeit seines Königs, der in dieser kurzen Zeit viel unternommen hat, um sein Land den Fortschritt näherzubringen. Die Haltung des Königs ist um so bemerkenswerter, als er, ein absoluter Herrscher, zu Reformen nicht gezwungen ist, und keine Partei und kein Politiker seine Stellung ernstlich gefährden könnten.

Die Politik König Hassans hat einen französischen Publizisten das Wort prägen lassen, Marokko sei eine "Volks-Monarchie". Dabei lehnte er sich bewußt an den Begriff "Volksdemokratie" an, denn es finden sich in der marokkanischen Politik Tendenzen zur Planwirtschaft und zur Verstaatlichung von Transport, Energie und Grundstoffindustrie, und der König hört häufig auf die Wünsche und Ratschläge linksorientierter Kreise.

Nach dem überraschenden Tod König Mohammed V. am 26. 2. 1961, dessen stellvertretender Regierungschef der Kronprinz während des letzten Jahres war, bestieg dieser als Hassan II. den Thron. Schon im ersten Jahr seiner Herrschaft orientierte der junge König seine Politik an der "positiven Neutralität". Der klugen Zurückhaltung im tunesisch-französischen Bizerta-Konflikt und selbst dem algerien- und Sahara-Problem gegenüber folgte der Abzug der französischen Truppen aus Marokko im Herbst 1961; die USA sicherten die Auflösung ihrer Flugbasen bis 1963 zu. Innenpolitisch war die Einführung des zivilen Arbeitsdienstes zur Überwindung der Arbeitslosigkeit eine beachtliche Maßnahme.

Hassan II. führte den Willen seines Vaters entschlossen aus, dem Lande eine Verfassung zu geben und die absolute in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Dazu erließ er im November 1962 eine von französischen Leitideen inspirierte Verfassung, in der moderne Grundsätze mit ständischem Gedankengut verquillt wurden. Diese nur von Staatsrechtlern ohne Heranziehung der Politiker angearbeitete Verfassung ließ sich der König durch eine Volksabstimmung, bei der auch die Frauen wahlberechtigt waren, am 7. Dezember 1962 eindrucksvoll bestätigen. Mit über 90 Prozent Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent - trotz des Boykott-Aufrufs der Opposition, die zuerst die Wahl einer Volksvertretung und dann die Ausarbeitung der Verfassung durch diese verlangt hatte -, war das Referendum vor allem der persönliche Erfolg des jungen Herrschers.

Allerdings konnte die neu aufgestellte Sammlungsbewegung "Front zur Verteidigung der Konstitutionellen Einrichtungen" bei den Parlamentswahlen am 17. 5. 1963 trotz massiver Unterstützung durch den gesamten Regierungs- und Verwaltungsapparat, bei völliger Zurück-

haltung des Königs im Wahlkampf, nicht die absolute Mehrheit erringen.

Hatte man sich nach diesem Rückschlag die Frage gestellt, ob der scharifische Thron durch den freiwilligen Schritt, seine Macht mit dem Volk zu teilen, wirklich gefestigt wurde, so wurde man bald eines Besseren belehrt: Im Grenzkonflikt mit Algerien im Herbst 1963 stellten sich das Volk und alle Parteien geschlossen hinter den König. Ben Bellas Hetzreden und Kampfaufriefe gegen die "imperialistische" Dynastie konnten nicht einmal die marokkanische Linksoption gegen den Thron mobilisieren, sondern trugen im Gegenteil dazu bei, die inneren Gegensätze zu mildern. Auch nach außen gewann Hassan versöhnliche Haltung, die sich gegen die Haltung Ben Bellas abhob, dem Monarchen neue Sympathien. So blieb der algerische Vorstoß ohne Erfolg, wurde vielmehr zu einem Rückschlag für Ben Bella, der wohl entscheidend zu seinem späteren Sturz beitrug.

König Hassan konnte nun, unter Hintansetzung der unerquicklichen und z.T. unlösbaren politischen Probleme im Innern wie nach außen, seine ganze Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen Entwicklung widmen. Bereits im März 1963 wurde eine gemäßigte Bodenreform eingeleitet, zugleich aber eine Sicherheitsgarantie für ausländische Industrie-Investitionen gegeben. Damit begann eine langsame Rückkehr des sich seit Beginn der Unabhängigkeit Marokkos auf weit über 100 Milliarden Francs belaufenden Fluchkapitals. Im Juni 1963 erhielt der König bei seinem Staatsbesuch in Paris eine Wirtschafts- und Verwaltungshilfe von 300 Milliarden (alter) Franken.

Eine sich gegen diese Politik des Königs richtende Revolte der Opposition wurde im Juli 1964 im Keim erstickt. Allerdings begannen sich nun auch die Gefängnisse mit politischen Häftlingen zu füllen, die es bisher in Marokko kaum gegeben hatte. Doch der König war jetzt entschlossen, gegen Gewaltandrohung energisch durchzugreifen und seine Politik konsequent durchzusetzen, daß er Kabinett und Parlament auflöste und selbst die volle Regierungsgewalt übernahm. Die verhafteten Studenten dagegen ließ er frei, womit er ohne Zweifel neue Sympathien im Volke errang.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes gebessert. Im März 1965 erhielt Marokko von der Bundesrepublik einen 70 Millionen DM-Kredit zum Aufbau eines Chemie-Kombinats, und bei der diplomatischen Krise Bonn im arabischen Raum anlässlich der Anerkennung Israels, brach Marokko als einer der wenigen Araberstaaten die Beziehungen zu Bonn nicht ab. Diese Haltung wird sicherlich bei dem jetzigen Staatsbesuch König Hassans in der Bundesrepublik honoriert werden.